

10. Wahlperiode

04.12.1989

Beschlußempfehlung

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826 -

- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Einzelplan 03 - Innenminister

Berichterstatter Abgeordneter van Hall CDU

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird mit den aus dem Anhang ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 04.12.1989/Ausgegeben: 04.12.1989

4903-d

BerichtA Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde vom Ausschuß für Innere Verwaltung und vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung beraten.

Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/2407 und 10/2408 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 - Drucksache 10/4915 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 30. November 1989 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befaßt. Er folgte den Empfehlungen der Fachausschüsse und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen.

Die SPD-Fraktion stellte folgende Anträge:

1. Zu Kapitel 03 610 Titel 526 70 -neu- (Anhang 1 Blatt 1)

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltungen der Oppositionsfraktionen angenommen.

2. Zu Kapitel 03 610 Titel 547 70 (Anhang 1 Blatt 2)

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

3. Zu Kapitel 03 110 Titel 422 10 und Titel 422 20 (Anhang 1 Blatt 3)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die CDU-Fraktion stellte die aus Anhang 2 ersichtlichen Anträge.

Der CDU-Antrag Nr. 1 (Anhang 2 Blatt 1), der darauf abzielt, Mittel für den Wohnungsbau freizumachen, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 2 (Anhang 2 Blatt 2) wurde hinsichtlich der Ziffern 1 und 2 zurückgezogen. Es handelt sich um Ansatzserhöhungen für Stellenplanveränderungen, die im Rahmen der Beratungen des Personalhaushalts abgelehnt worden sind.

Die Anträge zu Kapitel 03 110 Titel 811 10, Titel 811 30, Titel 812 15 und Titel 812 60 (Ziffern 4 bis 7 des Antrags) wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 03 unter Einbeziehung der Empfehlungen der Fachausschüsse, der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlagen 10/2407 und 10/2408

Anhang 1: Änderungsanträge der Fraktion der SPD

Anhang 2: Änderungsanträge der Fraktion der CDU

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers
auf der Grundlage der Zweiten Ergänzung
(Drucksache 10/4970) mit
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und
Stellenübersichten

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 316	Kapitel: 03 610
		Titel: 526 70 (neu)

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: -</p> <p>neu: 500.000 Barmittel 500.000 VE</p> <p>+/-: + 500.000 Barmittel + 500.000 VE</p> <p>Die Erläuterung zu Titelgruppe 70 soll wie folgt ergänzt werden:</p> <p>"Zu Titel 526 70: Für Modellversuche zur Erprobung neuer Strukturen und Organisationsformen und zur sozialverträglichen Umgestaltung der Arbeitsorganisation."</p>	<p>Sachverständige und ähnliche Kosten</p>	<p>Parallel zur fortschreitenden Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken in der Landesverwaltung sollen Modelle entwickelt werden, wie die neuen Techniken für</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Effizienzsteigerung der Landesverwaltung - mehr Bürgerfreundlichkeit - neue Strukturen und Organisationsformen in der Arbeit des Regierungsapparates und der Verwaltung - die sozialverträgliche Umgestaltung der Arbeitsorganisation im Sinne von mehr Vielseitigkeit, Selbständigkeit und Entscheidungsbefugnis sowie der Entfaltung von mehr Kreativität genutzt werden können.

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 316	Kapitel: 03 610	Titel: 547 70
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 5.000.000</p> <p>neu: 4.500.000</p> <p>+/-: - 500.000</p>	<p>Innerhalb von Titelgruppen nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben</p>	<p>Deckung für Mittelveranschlagung bei Kapitel 03 610 Titel 526 70 (neu)</p>

Änderungsanträge
 der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 03	Seite Hh-Plan: 54/64	Kapitel: 03 110	Titel: 422 10 422 20
----------------	----------------------	-----------------	-------------------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p><u>Titel 422 10</u></p> <p>Entwurf: 1.913.759.700</p> <p>neu: 1.917.214.700</p> <p>+/-: + 3.455.000</p>	<p>Bezüge der Beamten</p>	<p>Besoldungsaufwand für zusätzliche Stellen und Stellenhebungen (vgl. Ziffer B 1 - 4 der Vorlage 10/2407)</p>
<p><u>Titel 422 20</u></p> <p>Entwurf: 43.890.000</p> <p>neu: 44.140.000</p> <p>+/-: + 250.000</p>	<p>Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p>	

Änderungsantrag Nr. 1
der Fraktion der CDU
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Haushaltsgesetz 1990

1. Die Ansätze (Teilansätze) bei nachstehenden Haushaltsstellen mit insgesamt 66 425 200 DM werden gestrichen:

Kapitel 03 110 Titel 714 00, 716 00, 736 00, 752 00
(Teilansatz), 757 00, 763 00, 765 00 (Teilansatz), 774 00,
777 00, 779 00, 794 00 und 796 00;

Kapitel 03 370 Titel 712 00;

Kapitel 04 040 Titel 718 00 und 792 00;

Kapitel 04 050 Titel 739 00;

Kapitel 07 120 Titel 712 00;

Kapitel 07 330 Titel 716 00 und 718 00;

Kapitel 09 010 Titel 712 00;

Kapitel 10 220 Titel 712 00;

Kapitel 10 410 Titel 712 00 und 717 00;

Kapitel 11 070 Titel 717 00 und 718 00;

Kapitel 12 050 Titel 755 00 und 776 00;

Kapitel 14 630 Titel 783 00 und 784 00.

2. Die Ansätze bei den Titeln der Obergruppe 81 in allen Einzelplänen mit Ausnahme des Polizei- (03 110) und der Hochschulkapitel (06 111 bis 06 820) werden um 30 v.H. mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von insgesamt mindestens 45 000 000 DM reduziert.

Begründung:

zu 1.: Um Baukapazitäten und Mittel für den Wohnungsbau freizumachen, sind Baumaßnahmen des Landes zu verschieben. Im wesentlichen handelt es sich um solche Baumaßnahmen, für die Haushaltsunterlagen nach § 24 LHO noch nicht vorliegen sowie um solche, die ohne Not verschiebbar sind (Umbau Ständehaus und Elisabethstr. 5-11 in Düsseldorf). Ausgenommen von dieser Maßnahme sind: Hochschulbereich, aus Strukturhilfemitteln und ZIM-Mitteln finanzierte Baumaßnahmen.

zu 2.: Um Mittel für den Wohnungsbau verfügbar zu haben sowie zur Vermeidung einer weiteren Verschuldung des Landes ist es erforderlich, 30 % der für 1990 vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen (mit Ausnahme der Polizei- und Hochschulbereiche) zu verschieben.

Änderungsantrag Nr. 2
der Fraktion der CDU
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Haushaltsgesetz 1990

Im Einzelplan 03 - Innenminister - werden

bei Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen -

1. bei Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter -
der Ansatz von 1 953 759 700 DM
um 11 010 000 DM
auf 1 942 749 700 DM vermindert
und
800 Planstellen (750 Schupo und 50 Kripo) des mittleren
Diensteste in Planstellen des gehobenen Dienstes
umgewandelt und dort geschlüsselt ausgebracht sowie 200
Stellen des mittleren Dienstes (Kripo) zwecks Umwandlung
in Stellen für Kriminalkommissaranwärter abgesetzt,
2. bei Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf -
der Ansatz von 43 890 000 DM
um 15 400 000 DM
auf 59 290 000 DM erhöht und
die Stellen für Polizeihauptwachtmeister-Anwärter und
-Anwärterinnen - Besoldungsgruppe A 6 von 3 097 um 900
auf 3 997 sowie die entsprechende
Einstellungsermächtigung von 1 098 um 900 auf 1 998
erhöht und 200 Stellen für Kriminalkommissaranwärter -
Bes. Gr. A9 - (für Seiteneinsteiger) mit entsprechender
Einstellungsermächtigung neu ausgebracht,
3. bei Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten -
die kw-Vermerke bei den im Haushaltsentwurf 1990 neu
ausgebrachten 296 Angestelltenstellen gestrichen,
4. bei Titel 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen -
der Ansatz von 36 906 000 DM
um 800 000 DM
auf 37 706 000 DM erhöht,
5. bei Titel 811 30 - Erwerb von Luftfahrzeugen -
der Ansatz von 6 640 000 DM
gestrichen,
6. bei Titel 812 15 - Erwerb von kriminaltechnischem Gerät -
der Ansatz von 1 364 000 DM
um 450 000 DM
auf 1 814 000 DM erhöht,
7. bei Titel 812 60 - Erwerb von Geräten pp. -
der Ansatz von 925 500 DM
um 1 000 000 DM
auf 1 925 500 DM erhöht.

Begründung:**Zu Nr. 1:**

Der gehobene Dienst der Schutzpolizei soll verstärkt werden, indem 750 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes umgewandelt und entsprechend den Vorgaben der Stellenplanobergrenzenverordnung aufgeschlüsselt werden. Von rd. 36 000 Schutzpolizeibeamten befinden sich ungefähr 87 % im mittleren Dienst. Dies, obwohl nach dem Erlaß des Innenministeriums vom 5.2.1987 über die Bestimmung der Dienstposten des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei die Umwandlung von mehr als 4.000 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes zulässig wäre. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Nordrhein-Westfalen schlecht da. So beträgt der Anteil des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei in Berlin 26,5%, in Bremen 18,6% und in Niedersachsen 18,2%. Es ist kaum vorstellbar, daß es Gründe gibt, die im Vergleich zu Niedersachsen einen solchen großen Unterschied zu Nordrhein-Westfalen rechtfertigen. Weitere 250 Stellen sind bei der Kripo in Stellen des gehobenen Dienstes umzuwandeln, davon 200 Stellen für Kriminalkommissaranwärter. (Seiteneinstieg). Bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes wurde berücksichtigt, daß sich die Besetzungssperre bei der Polizei lediglich als Beförderungssperre ausgewirkt hat und deshalb durch den Wegfall der Besetzungssperre keine wesentlichen Mehrausgaben entstehen. Die hierfür veranschlagten 9,21 Mio DM stehen daher als Deckungsmittel zur Verfügung.

Zu Nr. 2:

Die 900 Stellen sind erforderlich, um einen Fehlbestand im Rahmen der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung 1989/90 zu vermeiden. Zu den übrigen 200 Stellen vgl. oben Nr. 1.

Zu Nr. 3:

Die Streichung ergibt sich aus der Notwendigkeit, auch im Bereich der Polizeiverwaltung die Arbeitszeitverkürzung voll umzusetzen und insoweit einen Fehlbestand zu vermeiden.

Zu Nr. 4:

Obwohl die Dienststellen bereits 1983 eingerichtet worden sind, verfügen sie immer noch nicht über die für eine konservative Ermittlungstätigkeit dringend erforderlichen Spezialkraftfahrzeuge.

Zu Nr. 5:

Deckung für Ansatzserhöhungen.

Zu Nr. 6:

Für eine effektive Bekämpfung der Umweltkriminalität ist die Polizei mit dem erforderlichen Gerät und der notwendigen Schutzkleidung auszustatten.

Zu Nr. 7:

Zur Entlastung des Wachdienstes, zur Anzeigenberatung sowie zur Einführung der automatisierten Vorgangsverwaltung ist der verstärkte Einsatz von Personalcomputern dringend erforderlich.

4903-11

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

14.11.1989

10. Wahlperiode

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/2407

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/4600 und 4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

Berichterstatter Abgeordneter Frechen SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 03 - Innenminister - wird mit nachstehenden
Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - in den Sitzungen am 5. Oktober und 9. November 1989 beraten. Als Beratungsunterlagen dienten dem Ausschuß neben Haushaltsgesetz und Einzelplan die Übersichten über Planstellen und Stellen für das Haushaltsjahr 1990 (Vorlage 10/2339), der Gesamtüberblick über Stellenplan und Ausgabenansätze sowie Stand und Entwicklung in bestimmten Aufgabenbereichen (Vorlage 10/2374). Einbezogen waren auch die Schreiben des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. September 1989 (Vorlage 10/2382) zur Ausstattung der Verkehrsüberwachungsbereitschaften mit Dienstkraftfahrzeugen, vom 18. Oktober 1989 (Vorlage 10/2456) an die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", vom 5. November 1989 (Vorlage 10/2501) betreffend die Mehrarbeit im Polizeivollzugsdienst und das Schreiben des Landesbezirksvorstandes der Gewerkschaft der Polizei vom 11. September 1989 (Zuschrift 10/2962).

B Personaltitel

1. In Kapitel 03 110 Titel 422 10 beantragte die Fraktion der SPD die Umwandlung von 130 Planstellen A 9 m.D. (PHM, KHM) in Planstellen A 9 g.D. (PK, KK) zur Erhaltung der Personalstärke der Kriminalpolizei, da hier für den mittleren Dienst keine Beamten mehr ausgebildet werden. Die zum Ende des Jahres 1989 freien Planstellen des mittleren Dienstes müssen insofern umgewandelt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zuvor beantragte die Fraktion der CDU die Umwandlung von 750 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes bei der Schutzpolizei und deren Aufschlüsselung gemäß den Vorgaben der Stellenplanobergrenzenverordnung

sowie die Umwandlung von 250 Stellen bei der Kriminalpolizei in Stellen des gehobenen Dienstes, davon 200 Stellen für Kriminalkommissaranwärter (Seiteneinstieg). Hinsichtlich der Schutzpolizei verwies die antragstellende Fraktion auf den Anteil des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei Nordrhein-Westfalens im Vergleich zu einer besseren Situation in Berlin, Bremen und Niedersachsen. Nach Ihrer Auffassung sei nach dem Erlaß des Innenministeriums vom 5. Februar 1987 über die Bestimmung der Dienstposten des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei die Umwandlung von mehr als 4000 Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes zulässig. Diese Umwandlungsanträge wurden mit der Stimmenmehrheit der SPD gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion angelehnt.

2. In Kapitel 03 110 Titel 422 10 beantragte die Fraktion der SPD ferner zur Stärkung der Kriminalpolizei 50 weitere Planstellen A 9 g.D. (PK, KK). Hiermit soll das Programm zur Verstärkung der Kriminalpolizei fortgesetzt werden, mit dem 1988 begonnen wurde und das eine Gesamtverstärkung um 400 Planstellen bis 1995 vorsieht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.
3. Zur Erleichterung der Beförderung der lebensälteren "Weyerlinge" bei gleichzeitiger Minderung der Nachteile für dienstältere Beamte beantragte die SPD-Fraktion bei Kapitel 03 110 Titel 422 10 die Umwandlung von 100 Planstellen A 9 m. D. nach A 9 Z. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
4. Im Zusammenhang mit dem Antrag unter Nummer 2 (s. o.) beantragte die SPD-Fraktion ferner 50 zusätzliche Anwärterstellen PHW als Ersatz für die in die Ausbildung für den gehobenen Dienst der Kriminalpolizei wechselnden Schutzpolizeibeamten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

5. Schließlich wird auf Antrag der SPD-Fraktion in Kapitel 03 110 Titel 422' 20 in den Erläuterungen ergänzt: "Sofern die Übernahme von 150 BGS-Beamten nicht erreicht wird, erhöht sich die Einstellungsermächtigung entsprechend."

Dies ist eine vorsorgliche Maßnahme für den Fall, daß der Bund im nächsten Jahr nicht in der Lage sein sollte, 150 BGS-Beamte in den Landesdienst zu versetzen. Diese Änderung bzw. Ergänzung der Erläuterungen wurde einstimmig beschlossen.

6. Die Fraktion der CDU beantragte, in Kapitel 03 110 Titel 422 20 zusätzlich 900 Anwärterstellen PHW unter gleichzeitiger Erhöhung der Einstellungsermächtigung. Sie hält diese Anzahl für erforderlich, um einen Fehlbestand im Rahmen der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung 1989/1990 zu vermeiden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.
7. Um auch im Bereich der Polizeiverwaltung die Arbeitszeitverkürzung voll umzusetzen und insoweit einen Fehlbestand zu vermeiden, beantragte die Fraktion der CDU die Streichung des kw-Vermerks für die neuveranschlagten 296 Angestelltenstellen bei Kapitel 03 110 Titel 425 10. Die Antragstellerin hält es auch für unrealistisch, bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation in größerer Zahl Angestellte mit befristeten Zeitverträgen zu gewinnen.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Sach- und Investitionstitel

1. Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen

Die Fraktion der SPD beantragte die Einrichtung eines neuen Titels mit einem Ansatz von 400 000 DM für die

Anlauffinanzierung des vom Innenminister in privatrechtlicher Form als Institut an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung zu gründenden Instituts für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

2. Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen
Titel 767 00 (neu) - Neubau für die Kreispolizeibehörde in Mettmann

Die Fraktion der SPD beantragte diesen neuen Titel mit einem Erstansatz für Planungskosten für den Neubau der Kreispolizeibehörde Mettmann in Höhe von 200 000 DM.

- Titel 779 00 - Erweiterung Polizeipräsidium Leverkusen
- 1. Teilbetrag -

Zur Deckung des obigen Antrags beantragte die SPD-Fraktion hier die Ansatzminderung beim ersten Teilbetrag um 200 000 DM.

Beide Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

3. Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen
Titel 793 00 (neu) - Neubau für den Schutzbereich Nord des Polizeipräsidenten Gelsenkirchen

Die SPD-Fraktion beantragte die Etatisierung von 100 000 DM Planungskosten und schlug zur Deckung bei

Titel 794 00 - Erweiterung Polizeipräsidium Münster -
- 2. Teilbetrag -

die Kürzung um den gleichen Betrag - 100 000 DM - vor. Hiergegen äußerte die Fraktion der CDU Bedenken. Die SPD-Fraktion bestätigte, das Bauvorhaben in Münster sei auch für sie ein wichtiges Anliegen, bei einem Ansatz von 2 Mio. DM könne jedoch erwartet werden, daß durch einen geringfügig verminderten Ansatz das Bauvorhaben nicht gefährdet werde.

Beide Anträge wurden bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. einstimmig angenommen.

4. Titel 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

Die Fraktion der CDU beantragte schließlich, zum Erwerb von 16 Spezialfahrzeugen für die Spezialdienststellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität den Ansatz um 800 000 DM zu erhöhen. Sie geht dabei von Anschaffungskosten in Höhe von 50 000 DM pro Fahrzeug aus. Sie hält die Ausstattung der seit 1983 bestehenden Dienststellen mit den Spezialkraftfahrzeugen für eine konspirative Ermittlungstätigkeit für dringend erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

5. Titelgruppe 60 - Automatisierte Datenverarbeitung
Titel 812 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen

Die Fraktion der CDU beantragte zur Entlastung des Wachdienstes, zur Anzeigenberatung sowie zur Einführung der automatisierten Vorgangsverwaltung, die veranschlagten Mittel um eine 1 Mio. DM zu erhöhen. Sie hält insbesondere den verstärkten Einsatz von Personalcomputern für dringend

erforderlich.

- 7 -

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

6. Titel 812 15 - Erwerb von kriminaltechnischem Gerät

Die CDU-Fraktion beantragte die Erhöhung des Ansatzes von 1 364 000 DM um 450 000 DM. Für eine effektive Bekämpfung der Umweltkriminalität sei die Polizei mit dem erforderlichen Gerät und der notwendigen Schutzkleidung auszustatten.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Dr. Lichtenberg
stellv. Vorsitzender

10. Wahlperiode



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/4600 und 10/4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Stump CDU

Beschlußempfehlung

Dem Entwurf des Einzelplans 03 wird unverändert zugestimmt.

Bericht

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seine Zuständigkeit fallenden Titel 531 00 des Kapitels 03 020 sowie 422 10, 425 10, 426 10, 525 10, 526 00, 535 00 und 537 10 des Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten - am 4. Oktober und 8. November 1989 beraten.

Ergebnis der Beratungen

Der Ausschuß stimmt den Ansätzen mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. einstimmig zu.

Hegemann
Vorsitzender

**Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Anlage zu Drucksache 10/4903

B 1

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990
Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

4903 B 2

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 020	Allgemeine Bewilligungen			
231 00	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund siehe Vermerk bei Titel 633 10.	18.820.000	-	18.820.000
633 10 (bisher 633 00)	Wahl	37.618.800	-	37.618.800
633 20	Erstattung der Kosten für die zentralen Anlaufstellen zur Entgegennahme von Asylanträgen	-	+ 10.100.000	10.100.000
685 12	Zuschuß an das Institut für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften Zu Titel 685 12: Veranschlagt ist der Erbsatz für die Anlauffinanzierung des vom Innenminister in privatrechtlicher Form als Institut an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung zu gründenden Instituts für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften	-	+ 400.000	400.000

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

4903 B3

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 110	Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen			
422 10	Bezüge der Beamten	1.913.759.700	+ 3.455.000	1.917.214.700
422 20	Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	43.890.000	+ 250.000	44.140.000
767 00	Neubau für die Kreispolizeibehörde Mettmann	-	+ 200.000	200.000
779 00	Erweiterung Polizeipräsidium Leverkusen - 1. Teilbetrag -	6.000.000	- 200.000	5.800.000
793 00	Neubau für den Schutzbereich Nord des Polizeipräsidenten Gelsenkirchen	-	+ 100.000	100.000
794 00	Erweiterung Polizeipräsidium Münster - 2. Teilbetrag -	5.500.000	- 100.000	5.400.000

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

4903 B4

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
03 610 Titelgruppe 70	Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik			
526 70	Landesbudget Schwerpunktbildung Informations- und Kommunikationstechnik in den obersten Landesbehörden Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Verpflichtungsermächtigung: 500.000 DM Zu Titel 526 70:	-	+ 500.000	500.000
547 70	Für Modellversuche zur Erprobung neuer Strukturen und Organisationsformen und zur sozialverträglichen Umgestaltung der Arbeitsorganisation Innerhalb von Titelgruppen nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000.000	- 500.000	4.500.000
03 710 883 00	Feuerschutz Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes	65.898.800	- 2.000.000	63.898.800

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 03:</u> Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	415.450.000 4.307.377.900 175.828.000	- + 12.205.000 + 500.000	415.450.000 4.319.582.900 176.328.000

4903 BS

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	03 010 Ministerium			
	422 10 Bezüge der Beamten			
	Leerstellen	-	+ 1	1
B 2	Ministerialrat			
A 16	Ministerialrat	3	- 1	2
A 14	Oberregierungsrat	-	+ 1	1
A 13	Regierungsrat	1	- 1	-
	03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen			
	422 10 Bezüge der Beamten			
A 9	Polizeikommissar, Kriminalkommissar	2.114	+ 180	2.294
A 9	Polizeihauptmeister, Kriminalhauptmeister 4.287 (4.174) Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 4 zu BesGr. A 9 Bundesbesoldungsordnung, davon 100 ku nach BesGr. A 9 m.D. zum 31.12.1990, 100 ku nach BesGr. A 9 m.D. zum 31.12.1991 und 100 ku nach BesGr. A 9 m.D. zum 31.12.1998	12.502	- 130	12.372

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
A 6	422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Polizeihauptwachmeister-Anwärter und -Anwärterinnen	3.097	+ 50	3.147
A 6	Anzahl der beabsichtigten Einstellungen: Polizeihauptwachmeister-Anwärter und -Anwärterinnen <u>Ergänzung der Erläuterungen:</u> Sofern die Übernahme von 150 BGS-Beamten nicht erreicht wird, erhöht sich die Einstellungsermächtigung entsprechend.	1.098	+ 50	1.148
A 16	03 310 5 Regierungspräsidenten 422 10 Bezüge der Beamten Leitender Regierungschuldirektor - als Dezernent (Referent) in der Schulaufsicht auf Bezirksebene - davon ab 01.01.90 -(4) nach A 15	137	+ 40	177

4903 37

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
A 15	Regierungsschuldirektor - als Dezernent (Referent) in der Schul- aufsicht auf Bezirksebene -	80 + 1 (Umsetzung aus Kap. 05 210)	- 30	51
A 12	Regierungsbaumeister davon - (3) ku nach Bes.Gr. A 11 davon - (12) ku nach Bes.Gr. A 10 in den Vorprüfungsstellen für Bauausgaben	54	- 25	29
A 11	Regierungsbauamtmann	61	- 7	54
A 10	Regierungsbauberinspektor davon 3 (3) Stellen kw 01.01.1993 Stellen für beamtete Hilfskräfte:	39	+ 2	41
A 15	c) Abgeordnete Beamte Studiendirektor zur Koordinierung schul- fachlicher Aufgaben - längstens bis zum Wegfall der kw-Vermerke in Kap. 05 340	15	- 15	-
IIa	425 10 Bezüge der Angestellten	88	+ 3	91
III	Dienststart 05	172	+ 24	196
IVa	Dienststart 05	74	+ 2	76

Einzelplan 03: Innenminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
IVb/Vb	03 610 Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik	23	- 5	18
	425 70 Bezüge der Angestellten Dienststart 01	44.233	+ 30	44.263
	<u>Personalschluß Einzelplan 03:</u>	739	-	739
	Planmäßige Beamte	8.779	+ 29	8.808
	Beamtete Hilfskräfte	1.888	-	1.888
	Angestellte			
	Arbeiter			
	<u>Titelgruppen:</u>			
	Angestellte	403	- 5	398
	Arbeiter	93	-	93
	Insgesamt	56.135	+ 54	56.189
	Beamte im Vorbereitungsdienst	3.870	+ 50	3.920
	Auszubildende	409	-	409

490339

9.